Stand: 25.08.2025 21:13:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10136

"Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10136 vom 18.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10328 des KI vom 24.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10589 vom 16.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.02.2016 **Drucksache** 17/**10136**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich und schriftlich über das Ausmaß an Gewalt gegenüber bayerischen Rettungskräften im Einsatz zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Ursachen der ansteigenden Gewalt gegenüber Rettungskräften und haben sich diese im Lauf der Zeit verändert?
- Kommen bei der steigenden Gewalt gegenüber Rettungskräften ähnliche Ursachen in Frage wie bei der Gewalt gegenüber Polizeikräften?
- Gibt es dazu bereits Studien oder beabsichtigt die Staatsregierung, eine Studie in Auftrag zu geben?
- In wie vielen Fällen, weshalb und wodurch wurden Rettungskräfte in den vergangenen Jahren im Einsatz Opfer von Gewalt?
- In wie vielen Fällen erstatteten die geschädigten Einsatzkräfte Anzeige und aus welchen Gründen wurde gegebenenfalls auf eine Anzeige verzichtet?
- Wie oft wurden Rettungskräfte mit einem Gegenstand oder einer Waffe angegriffen?
- In welchen Situationen, an welchen Einsatzorten und zu welchen Einsatzzeiten kommt es zu Übergriffen und gibt es regionale Unterschiede?
- Welche Erkenntnisse gibt es zu den Tätermerkmalen?
- Wie wirken sich die Folgen von Gewalt auf die Dauer der Dienst- und Arbeitsunfähigkeit aus und gibt es Angebote, traumatisierte Rettungskräfte psychologisch zu betreuen?
- Inwieweit werden Rettungskräfte in der Ausbildung auf die Bewältigung von Krisensituationen vorbereitet?
- Welche Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können Rettungskräfte in Anspruch nehmen, um Strategien zur Deeskalation und Selbstverteidigung zu erlernen und wie wird dies gefördert?
- Inwiefern ist eine ausreichend funktionierende Kommunikation zwischen Polizei und Rettungsdiensten bei Bedrohungslagen gewährleistet?
- Welche Maßnahmen will die Staatsregierung ergreifen, um Rettungskräfte vor Übergriffen im Einsatz besser zu schützen?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Einführung eines „Schutzparagrafen“ im Strafgesetzbuch, der schärfere Strafen bei Gewalt gegen Sicherheitskräfte vorsieht?

Begründung:

Eine aktuelle Studie des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) kommt zu dem Ergebnis, dass Rettungskräfte bei ihren Einsätzen immer öfter Opfer von verbaler Gewalt und gewalttätigen Übergriffen werden. Allein beim BRK geht man von 170 bis 180 Fällen pro Jahr aus. Auch das bayerische Innenministerium verzeichnet seit 2011 einen Anstieg der Straftaten gegen Rettungskräfte, wobei man für alle Rettungsdienste im Freistaat von 185 Fällen im Jahr 2014 ausgeht. Um unsere Rettungskräfte besser vor Gewalt zu schützen, ist eine detaillierte Analyse der Gefahrenlage und die Entwicklung entsprechender präventiver Maßnahmen dringend erforderlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.02.2016 **Drucksache** 17/**10328**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**10136**

Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Jürgen Mistol**
Mitberichterstatter: **Norbert Dünkel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 24. Februar 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10589**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**10136**, 17/**10328**

Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich und schriftlich über das Ausmaß an Gewalt gegenüber bayerischen Rettungskräften im Einsatz zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

– Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Ursachen der ansteigenden Gewalt gegenüber Rettungskräften und haben sich diese im Lauf der Zeit verändert?
– Kommen bei der steigenden Gewalt gegenüber Rettungskräften ähnliche Ursachen in Frage wie bei der Gewalt gegenüber Polizeikräften?
– Gibt es dazu bereits Studien oder beabsichtigt die Staatsregierung, eine Studie in Auftrag zu geben?
– In wie vielen Fällen, weshalb und wodurch wurden Rettungskräfte in den vergangenen Jahren im Einsatz Opfer von Gewalt?
– In wie vielen Fällen erstatteten die geschädigten Einsatzkräfte Anzeige und aus welchen Gründen wurde gegebenenfalls auf eine Anzeige verzichtet?
– Wie oft wurden Rettungskräfte mit einem Gegenstand oder einer Waffe angegriffen?
– In welchen Situationen, an welchen Einsatzorten und zu welchen Einsatzzeiten kommt es zu Übergriffen und gibt es regionale Unterschiede?
– Welche Erkenntnisse gibt es zu den Tätermerkmalen?
– Wie wirken sich die Folgen von Gewalt auf die Dauer der Dienst- und Arbeitsunfähigkeit aus und gibt es Angebote, traumatisierte Rettungskräfte psychologisch zu betreuen?
– Inwieweit werden Rettungskräfte in der Ausbildung auf die Bewältigung von Krisensituationen vorbereitet?
– Welche Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können Rettungskräfte in Anspruch nehmen, um Strategien zur Deeskalation und Selbstverteidigung zu erlernen und wie wird dies gefördert?
– Inwiefern ist eine ausreichend funktionierende Kommunikation zwischen Polizei und Rettungsdiensten bei Bedrohungslagen gewährleistet?
– Welche Maßnahmen will die Staatsregierung ergreifen, um Rettungskräfte vor Übergriffen im Einsatz besser zu schützen?
– Wie beurteilt die Staatsregierung die Einführung eines „Schutzparagrafen“ im Strafgesetzbuch, der schärfere Strafen bei Gewalt gegen Sicherheitskräfte vorsieht?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ich verweise hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Februar 2016 (Vf. 3-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Satz 1 i.V.m. der Anlage der Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 10. November 2015 (GVBl S. 398, BayRS 400-6-J)
PII/G 1310.16-0002
Drs. 17/10442 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbringung von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/8204, 17/10174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten
Drs. 17/8399, 17/10409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik
Drs. 17/8640, 17/10410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern − Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters
Drs. 17/8901, 17/10417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Wege im Bibermanagement
Drs. 17/9365, 17/10264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Goppel, Oliver Jörg, Karl Freller u.a. CSU
Sicherstellung der Verwendung der Lehrauftragsmittel für das Studienfach Musik
Drs. 17/9926, 17/10462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewalt gegen Rettungskräfte − Hinschauen statt wegschauen!
Drs. 17/9805, 17/10327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!
Drs. 17/10136, 17/10328 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen − Amt des Ehrenamtsbotschafters oder Ehrenamtsbeauftragten neu besetzen
Drs. 17/9189, 17/10457 (G)[X]

Gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z